

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
 Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verstandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2—5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 24

Berlin, den 11. Juni 1927

2. Jahrgang

Wer will die Fleischzölle verantworten?

Nachdem die gegenwärtige Reichsregierung der Arbeiterschaft durch künstliche Steigerung der Getreidepreise und Erhöhung des Wehlohns den Brotkorb wiederum höher gehängt hat, plant sie eine Verteuerung des Fleisches. Im Reichsernährungsministerium ist man augenblicklich fieberhaft bei der Arbeit, den Zoll für die Einfuhr von Fleisch aus dem Auslande nach Deutschland ganz erheblich zu steigern. So soll der Zoll für Schmalz von 6 Mk. auf 10 Mk. und der für die Einfuhr von Speck von 14 auf 20 Mk. erhöht werden.

Eine Ungehuerlichkeit stellt aber die von der Regierung beabsichtigte Verteuerung des Gefrierfleisches dar. Bisher wurden 120 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei nach Deutschland eingeführt. Jetzt verlangen aber die Agrarier, daß die Gefrierfleischeinuhr pro Doppelzentner mit einem Zoll von 45 Mk. belegt wird. Das bedeutet, die Einfuhr von Gefrierfleisch nach Deutschland völlig unterbinden.

Das sogenannte Reichsernährungsministerium ist augenscheinlich der Auffassung, daß in Deutschland zuviel Fleisch gegessen wird. Wie liegen hier die Dinge? Der Verbrauch an Fleisch betrug im Durchschnitt 1911—12 26479 Qlrs Doppelzentner und 1926 nur 30498 052 Doppelzentner. Pro Kopf der Bevölkerung bedeutet das 12 Proz. weniger als 1913.

Die statistische Wissenschaft nimmt an, daß Kinder und alte Leute weniger Fleisch verbrauchen als der erwachsene Mensch und kommt zu dem Schluss, daß dieser heute rund 17 Proz. weniger Fleisch genießt als vor dem Kriege.

Die Wissenschaft weist auch immer wieder auf das Bedenkliche dieser Entwicklung hin. Professor Dr. Kestner von der hamburgischen Universität stellt in einem Gutachten über den verminderten Fleischverbrauch in Deutschland folgendes fest: Der physikalisch wünschenswerteste Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung ist infolge vermehrter Maschinenarbeit in Deutschland seit der Zeit vor dem Kriege erheblich gestiegen; der tatsächliche Verbrauch hat dagegen abgenommen. Höchste Leistungsfähigkeit eines Volkes erfordert nicht nur zweckmäßige Maschinen und zweckmäßige Betriebsorganisationen, sondern auch zweckmäßige Ernährung des arbeitenden Menschen. Der Konsum von Fleisch gehört zu einer zweckmäßigen Ernährung; er muß daher mit allen Mitteln gesteigert werden.

Die Wissenschaft fordert also eine Verbilligung des Fleisches durch verminderte Zölle. Die Herabsetzung der Fleischzölle ist notwendig, da Deutschland niemals Fleisch so billig produzieren kann als Ausland.

Wenn das Reichsernährungsministerium sich, entgegen den objektiven Feststellungen der deutschen Wissenschaft, für eine Erhöhung der Fleischzölle erklärt, dann beweist es eben, daß es ein Ministerium gegen die Volksernährung und ein Ministerium für die Ernährung der Großagrarier ist. Denn die gesteigerten Fleischzölle werden doch nur den Großagrarier zugute kommen.

Wer aber sind die Leidtragenden? Einzig und allein die Arbeiter, die kleinen Beamten und Angestellten! Denn der Hauptverbrauch von Gefrierfleisch liegt in den ausgesprochenen Arbeitervierteln. So haben im Reich die ausgesprochenen Industriestädte mit einer überwiegender Arbeiterbevölkerung den größten Gefrierfleischverbrauch aufzuweisen. Es verbrauchten pro Kopf in kg im Jahre 1926: Baden 10,8, Dürren 10,5, Hamburg 10,5, Gelsenkirchen 8,9, Krefeld 8,9, Wismar 8,9, Bochum 8,9, Essen 8,1, Effen 8,1, Altona 7,5, Dresden 7,4, Barmen 6,2, Bremen 6,2, Nürnberg 6,2, Hannover 5,5, Düsseldorf 5,5, Leipzig 5,2 usw.

Man darf annehmen, daß Gefrierfleisch für viele Arbeiterfamilien überhaupt das Fleisch gewesen ist, das im Jahre 1926, dem Krisenjahr, auf den Tisch gekommen ist. Die Einführung eines Gefrierfleischzolls in Höhe von 45 Mk. pro Doppelzentner wird Fleischernahrung aus dem Speisetzettel vieler industrieller Arbeiter überhaupt streichen.

Es erhebt sich die Frage: wer will das verantworten und wer kann das verantworten? Die gegenwärtige Reichsregierung hat das nötige Herz und die nötige Stirn!

Deshalb scheint es uns erforderlich, hier kurz auf eine Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes einzugehen. Durch sie zieht sich das Eingeklagte, die Ernährung des deutschen Volkes ist ungenügend. Stand schon vor dem Kriege die Ernährung der deutschen Bevölkerung hinter der Ernährung der englischen und der amerikanischen Bevölkerung zurück, so sind die Verhältnisse in den letzten Jahren noch schlimmer geworden. Naturgemäß machen sich die Folgen besonders unter dem Nachwuchs, den Kindern, bemerkbar.

So wird bei den Säuglingen und Kleinkindern in der Denkschrift Zunahme der Rachitis und Skrofulose festgestellt. Im Bezirk Berlin-Wilmersdorf leiden 15 Proz. der Kleinkinder an Rachitis. Im Kreis Deutsch-Krone sind 22,8 Proz. und in Rowa-Weß 13 Proz. aller Kleinkinder rachitisch. Skrofulose wurde festgestellt in — wovon bei 17 Proz. und in Dieckfeld bei 18 Proz. der Kleinkinder. Unterernährung fand sich im Bereich des Gesundheitsamtes Wattenfeld bei Bochum 5,7 Proz., im Kreis Deutsch-Krone 21,6 Proz. und in Waggebürg 33,5 Proz. In einzelnen Kinderorten sind Kinderbeimen der Stadt Hannover waren nicht weniger als 50 Proz. der Kleinkinder völlig skrofulös. Die ärztlichen Gutachten sprechen von Blässe des Gesichtes und der Schleimhäute, Schläfrigkeit der Muskulatur bei nicht ausreichendem Fettgehalt als offene Folge von Unterernährung. Wie schlimm es hier steht, beweist eine in Dieckfeld gemachte Feststellung, wonach Kleinkinder im Alter von zwei Jahren ein durchschnittliches Untergewicht von 1,29 kg und Kleinkinder von vier Jahren ein solches von 1,21 kg aufwiesen. Häufig muß auch eine Erkrankung des Nervensystems festgestellt werden.

Ebenso, — mm, vielleicht noch schlimmer, sieht es bei den Schulkindern aus. Es wurden unter ihnen als unterernährt festgestellt in Gleinau 10 bis 15 Proz., im Kreis Neu-

Soziale Brutalität.

Der Großindustrielle, Geheimrat Ernst v. Borsig, Vorgesetzter nationalistischer Verbände, hielt in der deutschen Gesellschaft in Berlin einen Vortrag, in dem er gegen die staatliche Sozialversicherung verteilte. Zur Sozialversicherung gehören bekanntlich: die Krankenversicherung, die Gewerbe-Unfallversicherung, die Landwirtschaftliche Unfallversicherung, die See-Unfallversicherung und die Invalidenversicherung, dazu kommen noch die Erwerbslosenfürsorge und die Krisenfürsorge. Er sagte wörtlich: „Ohne staatliche Fürsorge gäbe vielleicht 50 000 Menschen zugrunde, aber 5000 könnten dann wenigstens Werte schaffen.“

Dieser Ausspruch beweist, daß v. B. in keiner Weise von sozialem Verständnis angekränkt ist. Tatsächlich bekennt er sich zu schärfer Brutalität gegenüber seinen hilfsbedürftigen Mitmenschen. Er ist ja Großindustrieller, erbeie ein großes Vermögen und braucht die Not nicht kennen zu lernen. Wenn er schon Menschen zugrunde gehen lassen will, könnte man seine Ansichten schließlich noch verstehen, insofern er unheilbare, pflegebedürftige Kranke gemeint hätte. Aber so bezogen sich seine Ausführungen vor allem auf die von den Unternehmern verhasste staatliche Sozialversicherung, die ja nur armen Proletariern zugute kommt. Nur deshalb hat der Mann so gesprochen. Der Haß gegen die Opfer unferer kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist bei ihm schon weit gediehen. Daß eine Gesellschaft derartige verbotene Fanatiker zu solchen Fragen sprechen läßt, ist grundschadlich.

Aber einseitig schadet es nichts. Wer v. B. bisher noch nicht ganz als typischen Unternehmervertreter kannte, wer vom Unternehmertum überhaupt noch soziale Rücksichten erwartete, wurde nun eines besseren belehrt. v. B., der Vorsitzende der Berliner Metallfabrikanten, ist der Typ des rücksichtslosen Vertreters eines Unternehmertums, das nicht nur sozialreaktionär, sondern mehr als rücksichtslos gegenüber den Opfern ihrer Wirtschaftspolitik ist. Es ist gut, daß es keine Mittel gibt, diese Art Leute Opfer ihres Verlangens werden zu lassen. Sie würden dann weniger unflug reden.

Zusammenkunft mit den Russen in Genf.

(ZSB.) In Anbetracht der sensationellen Zeitungsmeldungen über angebliche Besprechungen der russischen Delegierten der Weltwirtschaftskonferenz mit Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes teilt das Sekretariat des ZSB. mit, daß es sich bei der erwähnten Zusammenkunft lediglich um die Teilnahme von Vertretern des ZSB. an einem für Konferenzdelegierte veranstalteten Essen handelt. Von einer Besprechung über die Frage Amsterdam-Moskau konnte schon deshalb keine Rede sein, weil diese Frage nur mit Delegierten der russischen

Gewerkschaften erörtert werden kann. Daß Joughon nach der Zusammenkunft sofort nach Paris abreiste, um „den Führern des französischen Gewerkschaftsbundes von der Unterredung Kenntnis zu geben“, ist ebenfalls eine Sensationsmeldung. Joughon nahm lediglich an einer ordentlichen Sitzung der Exekutive der französischen Landeszentrale teil.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Am 15. Mai betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger rund 746 000 Personen (männlich 606 000, weiblich 140 000). Vom 1. bis zum 15. Mai war ein Rückgang von 124 000 oder 14,3 Proz. zu verzeichnen. Die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge betrug am 15. Mai 26 000 Personen. Der Rückgang der Gesamtzahl der Erwerbslosen in der Zeit vom 15. April bis zum 15. Mai macht insgesamt 245 000 Personen oder 20 Proz. aus. Im Frühjahr eines jeden Jahres ist der saisonmäßige Rückgang der Arbeitslosigkeit am größten. Dies muß dabei berücksichtigt werden.

Volksvermögen der Staaten.

Mit Volksvermögen bezeichnet man den wirtschaftlichen Reichtum eines Landes. Der große Krieg hat natürlich auch auf diesem Gebiet wesentliche Veränderungen gebracht. Die am Krieg beteiligten Staaten wurden ärmer, während andere, zum Beispiel die Vereinigten Staaten, gewannen. Das Volksvermögen pro Kopf der Wohnbevölkerung beträgt gegenwärtig ungefähr in

Land	Volksvermögen pro Kopf
Großbritannien	12600 Mk.
Vereinigte Staaten	11700 „
Schweiz	9410 „
Spanien	5400 „
Belgien	5760 „
Frankreich	5468 „
Deutschland	5000 „
Holland	4580 „
Schweden	3840 Mk.
Tschechoslowakei	3020 „
Angelsachsen	2840 „
Rumänien	2580 „
Italien	2540 „
Portugal	2100 „
Oesterreich	2100 „
Griechenland	1740 „

Beachtenswert ist, daß die Schweiz neben Großbritannien in Europa an der Spitze steht. Die Schweiz hat fast gar keine Rohstoffe und ist im Bezuge derselben vom Ausland abhängig. Dennoch übertrifft sie Deutschland fast um das Doppelte. Deutschland steht nicht am schlechtesten da. Man könnte nunmehr die Frage stellen: Wie ist das Volksvermögen unter der Bevölkerung verteilt? Das Ergebnis ist nicht sehr rosig. Gerade in Deutschland ist der Reichtum des Landes unter einer verhältnismäßig kleinen Schicht der Bevölkerung verteilt. Auf eine Familie, zu vier Köpfen gerechnet, können noch obiger Aufstellung 20 000 Mk. Welche Familie ist in der glücklichen Lage, ein Vermögen von 8000 Mk. ihr eigen zu nennen? Die große Masse besitzt nichts als die nackte Existenz. Und um diese Existenz muß sie unablässig ringen.

Landesvereine an. Die Zahl der Organisationen hat bis jetzt keine Minderung erfahren. Zwar schieß sich, wie schon bemerkt, der Reichsverband der Gemeindegewerkschaften neu an, doch verleierte er sich gleichzeitig mit dem Bund der öffentlichen Angestellten zu einer Organisation, dem „Hauptverband der öffentlichen Angestellten“.

Im Jahre 1926 verzeichneten 19 Organisationen eine Mitgliederzunahme; eingerechnet die Mitglieder des Reichsverbandes der Gemeindegewerkschaften machte der Mitgliederzuwachs in diesen Organisationen 3983 aus, dem ein Verlust von 5896 Mitgliedern in den übrigen Gewerkschaften gegenübersteht. Die Gesamtzahl der Mitglieder ging von 828 628 in 1925 auf 807 515 1926 zurück.

Die stärkste österreichische Gewerkschaft ist der Metallarbeiterverband, der 1926 insgesamt 146 199 Mitglieder hatte, verglichen mit 136 620 Mitglieder von 1924. An zweiter Stelle kommen die Eisenarbeiter mit 86 329 Mitgliedern, an dritter die Bauarbeiter mit 62 249 Mitgliedern und an vierter die öffentlichen Angestellten mit 50 743 Mitgliedern. Ueber 40 000 Mitglieder haben außerdem noch die Textilarbeiter und Lebensmittelarbeiter. Der freie Gewerkschaftsverband der Transportarbeiter hat auch circa 42 000 Mitglieder. Von den Vitalisten aller Gewerkschaften kamen 1926 mehr als die Hälfte auf die Stadt Wien, nämlich 446 840 oder 53,3 Proz., wo die Industrie fast vertreten ist und die Bundesbehörden, die Behörden des Landes Niederösterreich und der Stadt Wien ihren Sitz haben.

Nächst Wien weist Niederösterreich die meisten Gewerkschaftsmitglieder auf, und zwar 156 202 oder 19,4 Proz.; dann kommen Steiermark mit 67 769 und Oberösterreich mit 67 000 Mitgliedern, 8,4 und 8,4 Proz.

Im allgemeinen haben in Oesterreich die Arbeiter und die Angestellten besondere Organisationen; nur dem Bauarbeiterverband gehören Arbeiter und Angestellte an. Ueber die zwei Drittel der gesamten Mitgliederzahl treffen auf die Organisationen der Arbeiter und ein Drittel auf die Organisationen der Angestellten. Die Zahlen für 1926 und 1925 waren wie folgt:

	1925	1926
Arbeitergewerkschaften	608 100	578
Angestellten-Gewerkschaften	288 601	222
		521 967
		285 548

Die Organisationen der öffentlichen Angestellten hatten im Jahre 1926 179 693 Mitglieder (23,2 Proz. der Gesamtzahl, verglichen mit 144 852, 17,5 Proz. in 1924).

Die Zahl der Frauen in den Gewerkschaften stieg in der Nachkriegszeit bis zum Jahre 1921 an, um hierauf, wie die Gesamtmitgliedszahl, zu sinken. Der relative Anteil der Frauen hat sich während dieser Zeit nicht bedeutend geändert. Es wurden weibliche Mitglieder gezählt: 1919 193 103 oder 23,7 Proz., 1920 215 173 oder 23,9 Proz., 1921 190 994 oder 23,1 Proz. und 1926 185 922 oder 23,1 Proz. Relativ am höchsten vertreten sind weibliche Mitglieder in den Gewerkschaften der Privatangestellten, und zwar mit 28 Proz.

Das Ergebnis der Finanzjahre war durchaus befriedigend. In den beiden Jahren 1925 und 1926 wurden eingenommen im Jahre 1925 14 936 214 Schilling, in 1926 20 882 422 Schilling. Die Ausgaben waren in beiden Jahren geringer als die Ein-

halten leben 18 Proz., in den Kreisen Bergheim, Esnabrück und Naben je 20 Proz., in Ebing 21,8 Proz., in Berlin-Schöneberg 25,5 Proz., Elberfeld 24,5 Proz., im Kreis Landsberg 27 bis 33 Proz., im Kreis Kattibor 27 Proz., im Kreis Grob-Eirechlich 30 Proz., in Remscheid 31,2 Proz., Merfeld 31,4 Proz., Breslau 32,5 Proz., in Halle 33,7 Proz., in Harburg 39 Proz., in Varmen und Bergisch-Gladbach je 40 Prozent, in Straßburg 40,8 Proz., in Berlin 40,8 Proz. und in Blumenthal, Kreis Stade, 43,7 Proz.

Die Liste kann auf Grund der amtlichen Denkschrift endlos fortgesetzt werden. Hier verweisen wir nur noch auf die Zunahme der Proletarierkrankheit, der Tuberkulose, die zweifellos mit der eingeschränkten Ernährung der deutschen Bevölkerung zusammenhängt. In der Stadt Bochum waren 14,9 Proz. und in Bochum-Land 14,7 Proz. aller Erkrankungsfälle bei Schulkindern Tuberkulose. In Schlesingen (Bez. Euphrat) wurden 20 bis 25 Proz. mit Tuberkulose infizierte Schulkindern festgestellt. In Varmen begannen sich unter 15 883 Volksschulkindern 400 mit Tuberkulose, davon 23 mit offener Tuberkulose. Unter 21 705 Schulkindern in Effen-Land wurden 427 mit Tuberkulose nachgewiesen, in München-Gladbach wurden 1093 Schulkindern unterstellt. Davon waren nicht weniger als 586 der Proletarierkrankheit verfallen. Die Stadt Wenden-Gladbach dürfte ungefähr 13 000 Schulkindern haben. Danach wären 4,5 Proz. aller Schulkindern in einer deutschen Großstadt tuberkulös.

Das sind Zahlen, bei deren Anhöhen einem der Schauer durch den Körper fährt. Hier sind wirklich die schlimmsten Zustände der Vorkriegszeit übertroffen. Ein trauriger Ruhm für Deutschland, das Land der höchsten Getreidepreise, Industriebildenden und Hörfürer.

Herr von Reubell, Innenminister in der deutschen Republik, der für des deutschen Volkes Gesundheit zu wachen hat und der die von uns oben gemachten Angaben über die gesundheitlichen Verhältnisse dieses Volkes mit seinem Namen best. jant aber auf Fleischzölle, will eine weitere Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse dieses Volkes herbeiführen. Ihm und seinem Parteigenossen sei gesagt, daß die deutsche Arbeiterschaft keineswegs gewillt ist, den Krug solange dem Vramen geben zu lassen, bis er bricht.

Die Gewerkschaften Oesterreichs.

Innerhalb der Gewerkschaftskommission Oesterreichs bestehen vierzehn Verbände der privaten Angestellten, sieben Verbände der öffentlichen Angestellten und sechzehn Verbände der Arbeiterschaft in den Bundesbetrieben und der Lehrlinge. Die beiden letzten Genannten wurden 1925 gegründet. Die bestehenden Gewerkschaftskartelle funktionieren gut. Organisatorisch bedeutungsvoll ist die unter Mitwirkung der Gewerkschaftskommission erfolgte Gründung einer selbständigen Vereinigung der Kleinbauern und Pächter, die bisher eine Sektion des Verbandes der Land- und Forstwerker bildete.

Ende 1926 gebörten der Landeszentrale der freien Gewerkschaften, der Gewerkschaftskommission, 45 Zentralverbände und

nehmen. Sie betrugen 1925 10451795 Schilling und 1926 16884170 Schilling. Auf Unterstützungen trafen von den Gesamtzuschüssen in beiden Jahren 25 Proz. der obigen Summe. Die Ausgaben für Streit- und Ausperrungsunterstützung sind dabei nicht eingerechnet, da sie aus besonderem Widerstandsfonds bestritten werden. Zu dieser Trennung der Streitunterstützung von dem übrigen Kassenwesen waren die Behörden im alten Österreich wegen des Verhaltens der Behörden gezwungen und sie blieb auch nach dem Umsturz beibehalten. 54 österreichische Gewerkschaftsblätter erschienen. Trotz der unglücklichen Wirtschaftslage gelang es den österreichischen Gewerkschaften, manche Lohnerhöhungen zu erreichen und in anderen Fällen die bestehenden Arbeitsbedingungen gegen Angriffe der Unternehmer erfolgreich zu verteidigen. Ausgüchten auf eine wirtschaftliche Besserung sind vorläufig noch nicht vorhanden, so daß sich auch im laufenden Jahre die Lage der Organisationen nicht wesentlich ändern wird. Den Arbeiterbildungsbestrebungen widmete die Gewerkschaftskommission nach wie vor volle Aufmerksamkeit. Die Bildungsarbeit fand ihre Krönung mit der Gründung der Arbeiterhochschule 1925.

Die Tarifbewegung der Weißglasindustrie.

Eine große Bewegung liegt hinter uns, groß und bedeutend nicht nur für die Arbeiterschaft in der Weißglasindustrie, sondern auch für den Gesamtstand und damit für die Gesamtsituation. Jahrelanges Bestreben ist damit von Erfolg gekrönt. Das ist der Verzicht auf die in den Jahren 1923/24 nicht verwirklichte, das auch die große Organisation einen ganz anderen Einfluß auszuüben vermöge, als eine verhältnismäßig kleine, wie es der Glasarbeiterverband gemeint ist. Trotz alledem wäre jedoch die Bewegung vielleicht nicht ganz so günstig verlaufen, wenn wir nicht über eine so ausgezeichnete Schlagkraft in der Glasarbeiterbewegung verfügen würden. Wir können stolz sein auf unsere Kollegen und wir wissen, daß der erfolgreiche Erfolg dazu beitragen wird, eine noch größere Geschlossenheit in unserer Bewegung hineinzubringen.

Wenn wir heute noch einmal auf die Gesamtbewegung zurückkommen, so geschieht dies, weil die Verhandlungen über die Lohnregelungen in den einzelnen Bezirken außerordentlich interessant waren und es Wert hat, die Vorgänge für alle Zeit festzuhalten, sie damit aber auch allen Kollegen bekanntzugeben.

Die Lohnverhandlungen nahmen ihren Anfang in der Gruppe IV. In Sachsen bestand keine bezirkliche Lohnkassette. Die Unternehmerorganisation hatte sich zum Schein vor einigen Jahren aufgelöst, um von dem Bezirksrat loszukommen. Dadurch gingen der Gouleitung die Fäden aus der Hand. Die Kollegen in einzelnen Betrieben schloßen mit den Firmen Vertretungen ab, was es kam so zu einer Zerstückelung in den Lohnerhöhungen, die nicht zu übersehen war. Im Juli 1926 formten die Kollegen in eine Lohnbewegung hinein, hervorgerufen durch das Verlangen der Unternehmer nach Lohnabbau. Die in Sachsen angesetzten Schlichtungsinstanzen verweigerten völlig und so war es uns möglich, die Unternehmer vor das Reichsarbeitsministerium zu zitiern. Dort wurde dann ein Schiedspruch gefällt, der einen Lohnabbau zuliess. Zur Prüfung der Verhältnisse in den einzelnen Bezirken sollten betriebliche Verhandlungen stattfinden, und wenn diese nicht zum Ziele führten, sollten dann die Schlichtungsinstanzen einschreiten. Die Wichtigkeit des Bezirks-Schiedspruches lag darin, daß dieser für die gesamte Gruppe gerichte und dann den Parteien angegeben wurde, eine bezirkliche Lohnkassette noch vor Ablauf des Spruches zu schaffen. Darin war der Anfang vom Ende der Zerstückelung eingeleitet. Wohl aber mußten die Unternehmer sich nun zu Verhandlungen über die Bezirkskassette stellen.

Wir gingen daran, Feststellungen zu machen, wie die Löhne auf den einzelnen Betrieben lagen und stellen dann das Resultat zusammen. Ermutigend war es nicht, aber getreulich unserem Grundsatze, daß Schlichterlisten dazu da sind, überwinden zu werden, und daß sie erst die Arbeit reipoll gehalten, gingen wir aus Werk. Am 7. und 8. Januar, dann am 14. und 15. Januar waren wir mit den Unternehmern in Dresden zusammen. Es ging um die Sache des Streikenden, wir konnten zusammen nicht kommen, die Gegensätze waren zu tief, der Wille der Unternehmer zur Verständigung nicht vorhanden. Vielleicht werden gerade jene Herren, die sich am meisten gegen eine Verständigung wehrten, ihren Standpunkt heute bereuen. Wir hatten das Gefühl, daß man sich nicht mehr machen wollte, um so die Verkettung als Versteckspiel zu machen zu können. Die Rechnung war falsch. Wir wählten den Termin der Kündigung ab, und am 31. März, und 1. April fanden dann erneute Verhandlungen statt. Am Ende der Verhandlungen erklärten die Unternehmer zur Schlichtung über unter letzter Tagung bis zum 11. April. Das war lediglich ein taktischer Schachzug, weil mittlerweile kann die Lohnverhandlungen in den anderen Gruppen vorüber waren.

Interessant waren die Ausführungen, die vor allem von den Vertretern der Beleuchtungs- und Nohglasfabriken gemacht wurden. Die Herren erklärten uns, daß sie nicht verstehen könnten, daß wir nicht dafür beteten, daß die Unternehmer der Gruppe III weniger höhere Löhne zahlen. Ein Herr erklärte uns, daß er ein Verständnis an einem Oben 4000 Mk. haben sei, als das sein bestmöglicher Lohn sei. Die Herren behaupteten allgemein, daß Zahlen unbedingt viel zu teuer produziert und nicht mehr konkurrenzfähig sei. Eine Antwort war leicht: aber wir die Herren darauf aufmerksam machten, daß auch bei der Schlichtung selbst immer dafür eingetreten sei, daß die Gruppe III geringere Löhne zahlen soll, und daß der Arbeitgeber der Gruppe bedrängt, wenn wir höhere Löhne erzwingen wollen, blieben die Herren die Antwort schuldig.

Am 4. April hatten wir einen Antrag an das Reichsarbeitsministerium gerichtet mit dem Inhalt, für die Gruppen I bis IV eine Schlichtungskassette zu bilden. Das Reichsarbeitsministerium lehnte ab, weil der Arbeitgeber Widerspruch erhoben hat. Die maßgebenden Herren im Reichsarbeitsministerium haben sich bei uns, und so hat es nicht möglich, weitere Schritte in der Sache zu unternehmen. Das ist unsere Lage.

Der Schlichtungsbescheid, die Unablässigkeit in der Verhandlung in den einzelnen Bezirken weiter auszusetzen. Die Preise für die Löhne sollen die Unternehmer der Gruppe III bezahlen sein.

Wichtigste hatten auch die Verhandlungen in den Gruppen I, II und III. Die Verhandlungen wurden am 1. April in Dresden abgeschlossen. Die Verhandlungen der Gruppe II in Chemnitz wurden am 1. April in Chemnitz abgeschlossen. Die Verhandlungen der Gruppe III in Chemnitz wurden am 1. April in Chemnitz abgeschlossen.

Der Schlichtungsbescheid, die Unablässigkeit in der Verhandlung in den einzelnen Bezirken weiter auszusetzen. Die Preise für die Löhne sollen die Unternehmer der Gruppe III bezahlen sein.

leitersklärung des Schiedspruches, der 7 1/2 Prozent Lohnzulage ansprach. Die Unternehmer hat noch nie eine Unternehmerrgruppe bewiesen, daß ihren Worten und Klagen auch nicht der geringste Wert beimessen ist. Nach den Worten der Unternehmer würde sich ein Drama in der Industrie abspielen, wenn die Forderungen der Arbeiterschaft bewilligt werden; bei der Verbindlichkeitsverhandlung wurde der Schiedspruch noch verbessert und dann von den Unternehmern freiwillig angenommen, und hatte sich das Drama als Tragikombie entwickelt.

Interessant waren auch die Ausführungen der Unternehmer in der Verbindlichkeitsverhandlung. Gruppe I, hieß es, kann die Zulage zahlen, denn sie liege auf der Kohle; Gruppe IV habe in der Hohlglasfabrikation niedrigere Löhne als Gruppe II, sie liege außerdem auf dem Glasstand und teilweise auch auf der Kohle. Das war am Nachmittag im Reichsarbeitsministerium. Vormittags waren die Verhandlungen für Sachen, wo dem Schlichter von den sächsischen Herren das Gegenteil zu beweisen versucht wurde. Der Schlichter war nicht zu beneiden, denn er mußte ja ernst bleiben bei all den Dingen, wir waren besser dran und hatten unseren Spaß daran, den Herrn Schlichter immer wieder zu ermahnen, ja alles aufzuschreiben.

Na und Sachen am Vormittag! Ein Meisterstück von Anfang an in der Verhandlung zeigte sich auf der Unternehmenseite. Dr. Schmidt machte den Aufstand in einer Form, daß jeder vornehm denkende Mensch innerlich empört sein mußte. Mit seinen ersten Ausführungen waren wohl die Wurzeln schon gefallen, und wenn es in Sachen nicht zum Kampfe kam, dann können die Herren sich bei dem Reichsarbeitsminister dafür bedanken, daß der Schiedspruch für verbindlich erklärt wurde. Als wir den Herren richtig die Meinung geäußert hatten und sie sahen, daß wir nicht abgingen von dem Schiedspruch, hatten sie um eine nochmalige Partei-aussprache in meinem Kreise. Schade, daß wir nicht sozial Zeichenkunst betragen, um die Geschlechter zu können. Als der Kollege Grünzel, als Leiter der Bewegung, deutlich zu erkennen gab, daß es gar keinen Zweck habe, über Verkleinerungen des Schiedspruches zu sprechen, sondern im Gegenteil erklärte, daß er die maßgebenden Herren erjucht habe, den Schiedspruch nicht für verbindlich zu erklären, machte Herr Dr. Schmidt noch den Versuch, beim Kollegen Müller, Dannewitz, Verständnis für die Not der Industrie zu finden. Als das nicht half, gab es betrübte Gesichter und den kummervoll gesprochenen Satz: daß weiteres Reden dann keinen Zweck mehr habe.

In der Gruppe I kam es zu einem einstimmig gefällten Schiedspruch, der von beiden Parteien angenommen wurde. In der Gruppe III mühte sich die Bewilligung zur Kündigung gegeben werden, ehe es zu einer Regelung der Löhne auf den Hohlgläsern und dann auch zu einem Abklärung kam.

Viele Zeichen der Aufregung und rastlosen Tätigkeit waren damit abgeschlossen. Wenn wir von dem Resultat auch nicht ganz befriedigt sein können, in haben wir doch immerhin Erfolg zu verzeichnen, die sich in der gesamten Arbeiterbewegung zeigen können. Eine Periode ist abgeschlossen, unsere Arbeit wird fortgesetzt werden. Aus den diesmaligen Verhandlungen werden wir unsere Schlüsse ziehen. Unsere Kollegen werden bewußt sein, unsere eigene Organisation weiter auszubauen. Der Schlichterhand wird dafür sorgen müssen, daß die Regie besser klappt. Köge er unseren Rat befolgen, einheitliche Verhältnisse in der gesamten Weißglasindustrie zu schaffen. Wir werden dann allerdings viele prächtige Minuten verlieren, die uns seine durcheinanderlaufenden Gerechtigkeiten geliefert haben, aber nur ein einheitliches Lohnverfahren, einheitliche Arbeitsbedingungen können Preisstabilität und Schmutzfreiheit unterbinden. Das aber liegt im Interesse der Arbeiterschaft wie der Industrie. Eine zufriedene Arbeiterschaft allein schafft gute Arbeit, gute Arbeit aber findet ihren Weg und ist den Fabriken Verdienst, ohne daß Preisstabilität notwendig ist.

Preiserhöhung in der Weißglasindustrie.

Die Zeitschrift „Die Glashütte“ bringt in ihrer Nummer vom 20. Mai 1927 folgende Nachricht:

10prozentige Preiserhöhung für Hohlglas. In einem von 48 holländischen Glashütten unterschriebenen Rundschreiben vom 17. Mai wird mitgeteilt, daß die Hohlglas erzeugenden Hütten durch die stark gestiegenen Geringwertigkeiten nicht mehr in der Lage sind, die bisherigen, in der letzten Zeit erheblich gesunkenen Preise aufrechtzuerhalten. Sie haben daher in gemeinsamer Beratung beschlossen, auf die gegenwärtigen Verkaufspreise für Beleuchtungs-, Fenster-, Hohlglasflaschen, Vorkantgläser, Einmachgläser und Verpackungsgefäße, an denen sie gemeinsames Interesse haben, mit sofortiger Wirkung einen am Ende der Rechnung festsetzbaren Aufschlag von 10 Proz. setzen zu werden. Für die Hütten von den Hütten erzeugten Artikel erfolgen entsprechende Wertungen durch die dafür maßgeblichen Vereinigungen und Einzelnfirmen.

Diese Mitteilung der Glashütte ist außerordentlich interessant. Am 16. Mai fanden die Verbindlichkeitsverhandlungen für die Gruppen II und IV statt, bereits am 17. Mai wurden die Preise durch Rundschreiben erhöht. Die dazu notwendigen Beschlüsse der 48 Firmen müssen also bereits vor den Verbindlichkeitsverhandlungen gefaßt worden sein. Bei den Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium wurde aber von den Unternehmern noch behauptet, daß sie nicht in der Lage sind, von ihrer Rundschreiben höhere Preise zu fordern. Diese beiden Dinge stehen in einem unlösbaren Widerspruch und die Herren, die als Schlichter tätig sind, können aus solchen Vorgängen ihre Schlüsse ziehen.

Das ist aber auch Ausführungen, die Herr Epstein am Ende am Tage der Verbindlichkeitsverhandlungen am 16. Mai den Herren Ministerialrat Menez und Pöppel gegenüber machte. Herr Epstein behauptete, daß die 48 Hütten der Unternehmern durch den neuen Marktvertrag und durch die Verbindlichkeitsverhandlungen verurteilt werden, eine 10prozentige Preiserhöhung notwendig machen würde. Diese Behauptung ist in ihrer Sache sehr stark anzuzweifeln, wie überhaupt, gegenüber an der bei den Lohnverhandlungen gemachten Erfahrung. Die Worte der Unternehmern der Weißglasindustrie sehr mit Vorsicht aufzunehmen sind. So behauptete Herr Epstein auch, daß eine 10prozentige Preiserhöhung für die Hütten nur eine Belastung von 1 Proz. ausmachen würde. Wie kann bei den Lohnverhandlungen 6 Proz. herauskommen sollen, wird auf wenig Verständnis zu rechnen haben.

Die Weißglasindustrie haben also aus der Bewegung der Arbeiterschaft einen Sonderpreis für sich herausgeholt und das nennt man dann Lösung der Volkswirtschaft. Dieser Vorgang reibt sich an den Gemeinden, was wir bei den Verhandlungen erleben haben, ebensolcher an. Wie unglücklich leicht aber die Unternehmern in der Vertretung ihrer sehr niedrigen Sache und geht aus einem Vorgang hervor, den wir nachher noch schildern wollen:

Am 11. April schrieb die Vereinigung Deutscher Hohlglasfabriken einen Brief an das Reichsarbeitsministerium, in dem sie die Beschlüsse des am 4. April gefällten Schiedspruches erklärte. Am 6. Mai schrieb die Gruppe III der Weißglasindustrie einen gleichen Brief an den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses in Grotz, in dem gleichfalls Annahme eines am 4. April gefällten Schiedspruches angezeigt wird. Beide Briefe geben eine Erklärung und die Erklärung der Gruppe III ist geklauter Geist, wie aus dem untenstehenden Abdruck beider Briefe mit Leichtigkeit festzustellen ist. Wir lassen die Einzelangaben fern:

Brief der Vereinigung Deutscher Hohlglasfabriken vom 11. April 1927.

Die Annahme des Schiedspruches erfolgt lediglich im Interesse des Arbeiters und weil wir uns bewußt sind, daß eine Ablehnung bei der derzeitigen Einkesselung des Reichsarbeitsministeriums keine Verrückung des Spruches zu unseren Gunsten zeitigen wird. Die Annahme ändert nichts an unserem in den Verhandlungen zum Ausdruck gebrachten Standpunkt. Wir sehen nach wie vor den Auswirkungen der neuen Belastungen auf die deutsche Hohlglasindustrie mit dem größten Bedenken entgegen. Insbesondere müssen wir feststellen, daß der Schiedspruch jede Rücksicht auf die gespannte wirtschaftliche Lage unserer Industrie vermissen läßt. Wir sehen voraus, daß sowohl die Lohnerhöhung wie die Herabsetzung der Arbeitszeit die Beschäftigungsmöglichkeit unserer Vorkantgläser verringern wird. Wir sind uns bewußt, alles getan zu haben, um die Gefahren klar zu legen, die eine weitere Belastung unserer Industrie bringt, und wir wissen uns frei von der Verantwortung für die Folgen des nach politischen Gesichtspunkten gefällten Schiedspruches.

Hochachtungsvoll
Vereinigung
Deutscher Hohlglasfabriken.
Dr. Hebebrandt.

Hochachtungsvoll
Gruppe III d. S. D. O.
gez.: Weberbauer, Vorsitzender

Wir können uns nicht vorstellen, daß bereits vor dem 11. April eine Vereinbarung zwischen den Unternehmerorganisationen der Glasindustrie über solche Schreiben stattgefunden hat. Für uns ist klar, daß Herr Dr. Hebebrandt eine Abschrift seines Schreibens an das Reichsarbeitsministerium den anderen Organisationen angeschlossen hat, genau so wie wir eine Abschrift erhalten haben. Dabei hat er sicher nicht angenommen, daß ein derartiger Gebrauch von seinem Schreiben gemacht wird. Uns steht es nicht an, uns in den häuslichen Streit über verletztes Urheberrecht einzumischen, trotzdem wir ein antwortendes Honorar für gerecht halten würden. Was uns veranlaßt, diese Gegenüberstellung zu bringen, das ist, der Deutscher Hohlglasarbeiterverband, wie und mit wie wenig Geist die Schlichtungsbehörden beeinflusst werden sollen. Herr Justizrat Lange, der den Schiedspruch für die Gruppe III gefällt hat, wird nun erweisen können, welcher Wert dem Schreiben der Gruppe beigegeben ist.

Auf solche leichte Art, mit so wenig eigenem Geiste geht die Gruppe vor, die in der Weißglasindustrie die schlechtesten Löhne zahlt, die aber sicherlich die Preiserhöhung mitmachen wird. Bei den Verhandlungen wurde uns gesagt, daß die Preiserhöhung für die Gewerkschaftsführer ein Geschenk des Himmels wäre, das sie weidlich ausnützen, heut aber zeigt sich, daß die Weißglasindustrie es verstehen, mit solchen Sachen noch bessere Geldkassette zu machen. Nur die Regie klappt nicht, und niemals ist besser dem Reichsarbeitsministerium und den Schlichtungsbehörden zum Bewußtsein gebracht worden, daß es gut ist, in Zukunft bei den Unternehmern der Weißglasindustrie mehr auf die Fäden und weniger auf den Mund zu setzen.

Die Gewerkschaften kämpfen für die Armen, ihr Kampf ist gerecht, ihre Kampfesführung ist rein, kein Flecken trübt das Schild. Man könnte Mitleid mit ihnen empfinden, die gezwungen sind, als Repräsentanten im Unternehmerlager aufzutreten.

Sie wollen nicht und können doch!

Der Kampf um Lohnerhöhung in der deutschen Tafelglasindustrie wird seit einigen Wochen mit unerbittlicher Schärfe auf beiden Seiten geführt. Obgleich die Konjunkturverhältnisse fast reichlich einem halben Jahre in der Industrie nicht die schlechtesten sind und außerdem Glaspreiserhöhungen vornehmlich angenommen wurden, lehnte man in zwei Verhandlungen jede Lohnerhöhung ab. Ja man glaubte, feststellen zu müssen, daß die Verdienste der Tafelglasarbeiter jetzt noch so gestellt sind, daß auch ohne Erhöhung des Lohnes die täglich wachsende Finanzierung auf allen Gebieten noch ein Jahr von der Arbeiterschaft ohne Ausgleich getragen werden kann.

Der am 19. Mai 1927 gefällte Schiedspruch der Schlichtungskassette des Reichsarbeitsministeriums kann im Reiches absolut keine Verdrückung auslösen. Es geht dies vor allen Dingen aus den vielen Streitigkeiten hervor. In ihrer Auswirkung beträgt die im Schiedspruch festgesetzte Lohnerhöhung bei allen Kategorien im Durchschnitt wachsenden höchstens 1,50 Mk. bis 2 Mk. Mit dieser Lohnerhöhung kann in einer starken Familie noch nicht einmal die Brot- und Kartoffelpreissteigerung ausgeglichen werden. Wo bleibt da alles anderes? Vor Jahren haben wir schon darauf hingewiesen, daß durch die Haltung der Tafelglasindustrie die qualifizierten Arbeiter schreitenden Tafelglasarbeiter immer mehr dem Unabwendbaren antreiben. Damals wurden uns diese Ausführungen ziemlich übel angefaßt. Durch monatlange Arbeitslosigkeit aber nur Arbeit mit geringer Verdienstmöglichkeit sind aber hauptsächlich solche Familien schon fast an den Rand des Ruins gebracht worden. Trotzdem man dies alles nicht glaubt man auch heute noch, sich ablehnend gegenüber den Wünschen der Arbeitnehmer verhalten zu müssen und begründet diese Haltung mit der Mechanisierung in unserer Industrie und der Auslandskonkurrenz. Sowohl, wir haben mit diesen Faktoren zu rechnen, und es wäre ein Wahnsinn, wollten wir dies unseren Kollegen vorenthalten. Es muß aber auch den Herren der Industrie erneut gesagt werden, wenn man diese beiden Faktoren jetzt schon faktisch in der Industrie empfindet und fühlt, dann muß aber auch überall gepörrt werden und nicht immer am verkehrten Platz: am Lohne der Arbeiter. Solange noch von der Arbeiterschaft von 100 bis 150 Arbeitern und deren Produktionsfähigkeit 3 bis 4 Unternehmerrfamilien leben wollen, solange noch mehrere Autos vorhanden sind, und noch kostspielige Experimente des älteren jugatae treten, solange wird der Arbeiter es nicht glauben können, daß er in einer untergehenden Industrie kein Brot verdienen muß. Es wird also notwendig sein, etwas mehr Loyalität denjenigen gegenüber an den Tag zu legen, die heute noch die Werte schaffen und dazu beitragen, daß insofern Qualitätsarbeit die Mundstückebetriebe in der deutschen Tafelglasindustrie noch recht lange erhalten bleiben.

Ebgleich der Arbeitgeberverband jede Lohnerhöhung in mehreren Verhandlungen strikte ablehnte, hat er jetzt insofern der allgemeinen Empörung aus Arbeiterkreisen und nach Ab-

rechnung des Schiedspruches von uns die Rechtsverbindlichkeit... Es handelt sich bei dem Streit um die Aufstellung einer Lohnliste.

Schiedspruch für die chem.-techn. Branche.

Für die genannte Branche wurde in Thüringen folgender Schiedspruch gefällt... Die Lohnliste ist neu aufzustellen.

2. Vom 27. Mai 1927 werden die zurzeit gezahlten Löhne der Sacharbeiter um 7 Proz., die der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen um 8 Proz. erhöht.

Warnung vor Zuzug!

In der Glasfabrik Hynke & Weda in Oberhausen sind Differenzen ausgebrochen. Vor Arbeitsaufnahme wird gewarnt.

Unisibsaues aus Staffl.

Zu einer der vorhergehenden Nummern des 'Peramischen Bunde' las man eine Notiz über den Zusammenschluß der Firma 'Steingutfabrik Goldschmidt...' Die Steingutfabrik Goldschmidt hat im Jahre 1924, 1925 und 1926 je 10 Proz. Dividende verteilt.

Gute Agitation — mit Hilfe der Unternehmer.

Nimmt man das Verbandsorgan zur Hand, so liest man ebenfalls, daß die Mitgliederbewegung sich in aufsteigender Linie befindet. Der Bericht der statistischen Abteilung unseres Verbandes in Hannover weist nach, daß in den Monaten März und April die 'Agitation' von 2000 Mitglieder starker geworden ist.

In der Zahlstelle Waldenburg und Umgegend hat sich die Mitgliederzahl in dieser Berufsgruppe ebenfalls bedeutend vermehrt. Auf unsere Kollegen in Meißenzelt, die durch Betriebsveränderung stark in Mitleidenschaft gezogen worden waren und die am Ende des Jahres 1926 wenig hoffnungsvoll in die Zukunft sahen, entfalten ein großer Teil der Neuzugänge.

nannhafte Verträge an Unterstützungen gewährt. Viele Unorganisierte haben mit Reiz auf die Kollegen, die für sich und ihre Familien Vorsorge getroffen hatten.

Wir in Königszell haben einen steinigen Weg zurückgelegt, den wir leichter hätten gehen können, wenn die gesamte Arbeiterschaft vor Jahren nicht die Meile vorgezogen ins Korn geworfen hätte.

Was uns in den letzten Jahren durch die Arbeitgeber entziffen wurde, konnte in diesem Jahre durch das geschlossene Vorgehen unserer Kollegen zu einem kleinen Teil wieder wettgemacht werden. Ziel bleibt noch nachzuholen, und bewegen müssen wir in allen Abteilungen und bei jeder Gelegenheit den uns noch fernstehenden Kollegen sagen, daß sie sich der Maßnahme des Arbeitgeberverbandes erinnern sollten, um ihr weitere Auseinandersetzungen erspart zu sein.

Mit dem Abschluß des Reichstarifvertrages und der Wiederherstellung des Wirtschaftsfriedens ist der Kampf um Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht abgeschlossen. Viele Einzelstreitigkeiten bleiben zur Erledigung übrig. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, habt Vertrauen zu euren Funktionären, insbesondere unterliegt dem Betriebsrat in seinen Aufgaben. Auch wir Königszeller müssen ein starkes Glied innerhalb unserer Gewerkschaft werden.

Die Geschäftslage der Porzellanindustrie.

Über die Beschäftigung in der Porzellanindustrie lauten die Nachrichten weiter günstig. Aufträge gingen auch im Mai nützlich ein. Die Inlandsnachfrage ist reger. Der Export belebte sich trotz der Einführung des englischen Zolles. Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß die japanische Konkurrenz im Markte außerordentlich schwächer geworden ist. Zwei der größten japanischen Porzellanfabriken sind durch die letzte Springflut fast vollkommen zerstört worden und haben ihre Arbeit bisher nur sehr unvollständig aufnehmen können.

Die Stilllegung beantragt.

Die Porzellanfabrik Kahla, A.-G., beantragte für ihre Porzellanfabrik in Zwidau beim Sächsischen Arbeitsministerium die Stilllegung. Der Antrag wurde nicht wegen Mangel an Aufträgen gestellt, sondern deshalb, weil eine Umstellung notwendig ist. Die Schuld an diesem Vorgang trägt der bisherige Direktor des Werkes, der durch falsche Geschäftspraktiken der Gesellschaft einen Schaden von mehreren Hunderttausend Mark verursacht haben soll.

Porzellanfabrik Ph. Rosenthal & Co.

Im Geschäftsbericht der Firma Porzellanfabrik Ph. Rosenthal & Co., A.-G., in Berlin, ist enthalten, daß der Fabrikationsgewinn im Jahre 1926 auf 3 441 634 Mk. gegen 4 315 062 Mk. im Jahre 1925 zurückging. Auch die Aufkosten verminderten sich von 3 568 953 auf 2 771 663 Mk. im Jahre 1926. Abschreibungen wurden mit 3 747 700 Mk. angelegt. Der erzielte Reingewinn betrug 252 205 Mk. und der Gewinnvertrag 213 224 Mk. Dividende wird in Höhe von 5 Proz. ausgeschüttet.

40 Jahre gewerkschaftlich organisiert.

Die Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes, Grube Peramischer Bund in Paffan, veranstaltete am 28. Mai 1927, abends, im Saal des Gewerkschaftshauses eine feierliche Feier. Der Vorkler Ananik Schaller, welcher am 21. Mai 1887 als jugendliches Mitglied beigetreten ist, feierte sein 40jähriges Jubiläum: dazu waren alle dem Paffan angehörenden Gewerkschaften sowie Sportvereine und Parteigenossen eingeladen.

Zuschuß-Kasse deutscher Porzellanmaler

Sitz Waldenburg, Salsf. Kassenericht I. Quartal 1927. Table with columns: Einnahme, Ausgab, Vermögen-Nachweis. Total members: 442.

Zur Gratulation.

Am 8. Juni beging unser Kollege Herrmann Giesecke, Heinsberg, seinen 60. Geburtstag. Ueber dreißig Jahre ist der Jubilar gewerkschaftlich organisiert. Lange Zeit erlitt er schon in der Zahlstelle Heinsberg die Wassengeschäfte zur Zufriedenheit der Mitglieder wie auch des Hauptvorstandes.

Das soll tarifstreue sein?

Die Verbindlichkeitsklärung des unter Vorsitz des Schlichters für den Bezirk Rheinland gefällten Schiedspruches in der Lohn- und Mantelariffrage ist vom Herrn Reichsarbeitsminister ausgesprochen.

Es müssen also wieder geordnete Verhältnisse in der Riegelindustrie des genannten Bezirks einreten. Das wird jeder, der noch etwas von Treu und Glauben hält, denken.

Bei vielen Arbeitgebern scheint aber Treu und Glauben ein Begriff zu sein, der für sie nicht zur Anwendung kommen darf. Ein solcher Arbeitgeber scheint die Firma 'Ziegelei Waren von Geyer in Müddersheim bei Düren' zu sein. Wir erhielten von unserer Zahlstelle in Düren Mitteilung, daß die Zustände in vorstehendem Betriebe so sind, daß es kein Arbeiter lange dort aushält. Eine gelegliche Arbeitervertretung besteht in diesem Betriebe nicht. Die Arbeitszeit kann infolgedessen nicht geregelt werden, sondern wird diktiert, ebenso wird mit der Akkordfrage verfahren.

Nach dem Kampfe.

Die Riegelarbeiter in der Kreishauptmannschaft Chemnitz hatten seit 24. April 1925 einen Stundenlohn an der Spitze von 85 Pf. Im April 1926 verließen die Chemnitzer Riegelarbeiter diesen Lohn um 15 Pf. abzubauen, ihn also auf 70 Pf. zurückzusetzen. Dem einmütigen Austritt der Chemnitzer Riegelarbeiter war es zu verdanken, daß diese Lohnabbauabsichten der Chemnitzer Riegelbesitzer nicht verwirklicht wurden.

Die Erhöhung der Mieten und die weitere Verteuerung der Lebenshaltungskosten veranlaßte die Chemnitzer Riegelarbeiter durch ihre Organisation den seit 1925 bestehenden Tarifvertrag zum 30. April 1927 zu kündigen.

Die Erhöhung der Mieten und die weitere Verteuerung der Lebenshaltungskosten veranlaßte die Chemnitzer Riegelarbeiter durch ihre Organisation den seit 1925 bestehenden Tarifvertrag zum 30. April 1927 zu kündigen.

Die Erhöhung der Mieten und die weitere Verteuerung der Lebenshaltungskosten veranlaßte die Chemnitzer Riegelarbeiter durch ihre Organisation den seit 1925 bestehenden Tarifvertrag zum 30. April 1927 zu kündigen.

Die Erhöhung der Mieten und die weitere Verteuerung der Lebenshaltungskosten veranlaßte die Chemnitzer Riegelarbeiter durch ihre Organisation den seit 1925 bestehenden Tarifvertrag zum 30. April 1927 zu kündigen.

Die Erhöhung der Mieten und die weitere Verteuerung der Lebenshaltungskosten veranlaßte die Chemnitzer Riegelarbeiter durch ihre Organisation den seit 1925 bestehenden Tarifvertrag zum 30. April 1927 zu kündigen.

Die Erhöhung der Mieten und die weitere Verteuerung der Lebenshaltungskosten veranlaßte die Chemnitzer Riegelarbeiter durch ihre Organisation den seit 1925 bestehenden Tarifvertrag zum 30. April 1927 zu kündigen.

Die Erhöhung der Mieten und die weitere Verteuerung der Lebenshaltungskosten veranlaßte die Chemnitzer Riegelarbeiter durch ihre Organisation den seit 1925 bestehenden Tarifvertrag zum 30. April 1927 zu kündigen.

Neue Lohnabschlüsse der Industrien Steine und Erden.
Spitzenlöhne für Vollarbeiter und Arbeiterinnen I. Ortslohnklasse.

Industrie	Lohnbezug, Ort bez. Firma	Alte Lohnsätze				Neue Lohnsätze				Neuer Lohnsatz		Bemerkungen
		Stundenlöhne	Stundenlöhne	Stundenlöhne	Stundenlöhne	Stundenlöhne	Stundenlöhne	Stundenlöhne	Stundenlöhne	abgeschlossen für die Zeit	abgeschlossen für die Zeit	
		Waren in Geldeinheiten	Facharbeit Brenner usw.	ungel. Arbeiter	Handwerker	Facharbeit Brenner usw.	ungel. Arbeiter	Handwerker				
Ziegel-Industrie												
1	Magdeburg-Altmarkt	26.6.26	63	60	—	66	—	65	—	14.5.27	30.9.27	1. Zum Tarif nicht genannt.
2	Dessau-Gerbst	15.6.26	—	62	37	—	—	68	41	1.5.27	30.9.27	25% mehr wie ungel. Arb.
4	Medienburg-Schwert	21.3.26	62	58	43	62	68	63	47	10.4.27	9.5.27	10% mehr wie ungel. Arbeiter.
6	Niedermünde	10.5.26	—	50	30	—	—	58	35	20.5.27	31.3.28	
7	Zwickau i. Sa.	1.12.25	77	71	50	—	82	75	53	21.4.27	30.9.27	3. Zum Tarif nicht besond. aufgeführt.
8	Altenburg, Sa.-Nbbg.	Febr. 26	77	72	46	77	82	79	51	15.4.27	5. a. w	4. Abtord.
12	Baden-Dohrenzollern	8.6.25	81,5	74	52	85	81,5	77	54	11.4.27	28.2.28	
13	Hannover u. Umg.	5.7.26	69	65	42	—	77	73	—	?	?	
14	Rheinland	1.6.26	69	59	75%	69	73	63	75%	1.4.27	18.4.27	6. Nicht besond. festgelegt.
16	Rheinl.-Weiff.	1.6.26	67	57	70%	66	75	64	70%	19.4.27	31.3.27	7. des Lohnes für ungel. Arb.
Zement-Industrie												
2	Mitteldeutschland	26.4.25	57	54	35,5	57	60	57	37	3.4.27	24.9.27	8. des Lohnes der Arbeiter in den betr. Lohngruppen und Altersst.
9	Karlshafen a. Main	21.9.25	58	56	—	60	61	59	—	25.9.27	31.3.28	
11	Klein-Stemms	17.4.25	72	68	—	73	63	61	—	24.4.27	8.10.27	9. Verheirathungslage 1 Pf. pro Stunde.
11	Rauhen a. Redar	6.8.25	68	65	—	80	78	74	—	9.10.27	31.3.28	10. Verheirathungslage pro Woche 75 Pf., Ofenzulage 12 Pf., Streinbruch 6 Pf. pro Stck.
Betonwaren- u. Kunststein-Industrie												
2	Dessau	9.7.25	69	66	46	73	75	72	50	26.5.27	5.10.27	
6	Schlesien	14.10.25	59	53	35	66	66	58	39	6.10.27	31.3.28	
9	Korbhagen	11.3.26	81	76	—	88	84	79	—	1.5.27	31.3.28	
Feuersteine-Industrie												
2	Hüttingen	28.9.25	67	58	41	—	66	63	44	1.5.27	30.9.27	

teils ständen. So mancher hat uns verlassen. Die „Alten“, die die Treue gewahrt haben, sollen den anderen als Beispiel dienen, damit auch sie kämpfen für die Ziele der Arbeiterkassen und die Plattform mitschaffen, wo die Kämpfe Kultur- und sozialpolitischer Art ausgetragen werden können. Die Qualen der Arbeitslosigkeit, das Mangel, das Geschaffen wurde durch die Rationalisierung, die verbesserte Technik, welche die Arbeitskräfte bis zur Hälfte zurückgeworfen hat, zeigt uns die Notwendigkeit zur Umänderung des bestehenden Wirtschaftssystems. Eine andere Verteilung der Erzeugnisse ist heute dringender denn je. Mit dem Dank des Hauptvorstandes an die Jubilare und dem Gelübnis, das der Fabrikarbeiterverband als Pionier im Kampf um die Menschenrechte zu führen, wachsen und gedeihen möge, schloß der Referent seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Sodann begrüßte der Vorsitzende der Zahlstelle Frankfurt, Kollege Krämmer, die Jubilare und sprach ihnen den Dank der Zahlstelle aus. Unter den Jubilaren befanden sich 26 Kollegen und eine Kollegin. Die Feier soll nicht nur dazu dienen, die „Alten“ zu ehren, sondern auch die Jungen anzuspornen zu erfolgreichen Taten. Den Jubilaren wurde daraufhin je ein Diplom überreicht. Mit einem dreifachen Hoch auf die Jubilare schloß Kollege Krämmer seine Ausführungen.

Bewerbungen zu den Weiterbildungskursen für unsere Verbandsmitglieder.

In Fortsetzung der bisher stattgefundenen Kurse hat der Hauptvorstand beschlossen, im eigenen Schulheim der Wanniger Markt bei Hannover weitere Kurse abzuhalten. Diese finden statt vom

21. August — 3. September.	23. Oktober — 5. November.
11. — 24. September.	13. — 26. November.
2. — 15. Oktober.	4. — 17. Dezember.

In dem Kursus werden folgende Vortragsthemen behandelt: Verwaltung und Kassentwesen. Betriebsratsgesetz und Arbeitsrecht. Arbeitsvertrag nach Gewerbeordnung und Bürgerlichem Gesetzbuch sowie Verfolgung der Rechtsansprüche. Geschichte und Theorie der Gewerkschaften. Einführung in die Volkswirtschaft. Sozialversicherung.

Die Kolleginnen und Kollegen werden aufgefordert, ihre Bewerbungen bis zum 1. Juli 1927 bei den zuständigen Zahlstellenverwaltungen einzureichen. Die Bewerbungen müssen Angaben über Lebenslauf und bisherige Wirksamkeit im Verband enthalten. Ferner sind Angaben über die Teilnahme an Abendkursen oder sonstigen Weiterbildungsanstaltungen zu machen. Falls sich bisher für den Bewerber hierzu keine Gelegenheit bot, ist dies kurz zu begründen.

Jeder Bewerber hat anzugeben, welcher Kursus für ihn in Frage kommt. Wenn möglich, ist auch ein zweiter Vorschlag zu machen, damit, wenn der erste Vorschlag wegen Überfüllung des Kursets nicht berücksichtigt werden kann, eine anderweitige Zuteilung ermöglicht wird.

Die Kursteilnehmer erhalten:

1. die Verheiratheten 80 Proz., die Ledigen 40 Proz. ihres Arbeitsverdienstes,
2. Jahrgeld 3. Klasse vom Wohnort nach Hannover und zurück, sowie 8 Mk. für einen, 4 Mk. für einen halben Meistag,
3. freies Unterkommen und Verpflegung im Schulheim, sowie ein tägliches Taschengeld von 1,50 Mk.

Die Zahlstellenverwaltungen haben die Bewerbung zu prüfen und mit einem Gutachten an die Gausleitung bis zum 10. Juli weiterzugeben.

Rechtsschutz- u. Betriebsräte-Abteilung beim Hauptvorstand.

Für die genannte Abteilung haben Hauptvorstand und Verbandsausschuss den bisherigen Geschäftsführer unserer Zahlstelle Wagnen, den Kollegen Gustav Salomo, gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank. Der Hauptvorstand.

Literarisches.

Eisenstädter: Im Schwelme seines Angesichts. Eine Einführung in die gesellschaftliche Organisation der Arbeit. 96 Seiten, mit 17 Abbildungen im Text. 2. Buchheftige zu den Urania-Monatsheften. Jahrgang III. Einzelpreis broschiert 1,50 Mk., in Ganzleinen gebunden 2 Mk. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. In den einleitenden Kapiteln wird die Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenwirkens bei den Tiergruppen zum Vergleich und zur Erklärung herangezogen. Daran reiht sich eine Untersuchung der Organisation der freien Genossenschaften und der Bausvereine. Der zweite Teil des Buches bringt an Hand typischer Beispiele eine Darstellung der Grundlegenden Umwälzung aller sozialen Arbeitsvorgänge durch die Unterordnung der menschlichen Arbeitskraft. Sorgfältig gewählte Abbildungen sollen eine Anschauung von der Art der organisierten Arbeit auf ihren verschiedenen Stufen vermitteln. Besonderer Wert wird auf volkswirtschaftliche und lebendige Darstellung gelegt, insbesondere wurde der Gebrauch von Fremdwörtern und wissenschaftlichen Fachausdrücken auf ein Mindestmaß beschränkt. Ein ausführlicher Literaturverzeichnis, der in beschränkter Sonderauslage kostenlos zur Verfügung steht, gibt Interessenten die Möglichkeit zu vertieftem Studium und der Kritik die erwünschte Handhabe für die Beurteilung der Untersuchung.

Arbeitsmarkt.

Wohlgut eingearbeitete Feinbleisler für Bleikristall bei prosentualer Löhning in Alford sucht bald nach Virenwerder bei Berlin. Dauernd in Kosten. Auskunft erteilt N. d. d. G. Schrich, Feinbleislermeister, Copperswerda, O. L., Langestraße 18. (81)

Wohlgut Kalkbrenner, sowie ein tüchtiger Deckspreßer für Revolverpreßer mit Anfänger werden gesucht. Für Kost und Logis wird gesorgt. Zahlung erfolgt nach Lohnzettel der Gruppe III. Alfons Reimann, Wiesa, Nr. Sagan. (81)

Gesucht wird: Ein Glasmachergehilfe auf leichte Kammelerbeit für Bleichungsartikel durch Kurt Gabel, Groß-Räfchen, Almhütte. (82)

Gesucht werden zwei tüchtige Kalkbrenner auf chemische Artikel. Eintritt sofort, Logis vorhanden. Zu erfragen: Zahlstelle II. J. Menau an des Fabrikarbeiterverbandes Deutschlands. Carl August Str., Restaurant zur Glocke. (83)

Verheiratheter Spiegelglaspolierer sucht Arbeit durch Arbeitsnachweis Joseph Brüderer, Diebfurth b. Pforzheim (Oberpf.). (84)

Verlag: Albin Karl, Charlottenburg, Brabstr. 2-3. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Henninger, Charlottenburg, Brabstr. 2-5. Druck: E. Janszowski, Berlin SO. 26, Elisabethufer 29/30.

der Fabrikarbeiter es ermöglicht, den Maschinenstandpunkt der Chemischen Ziegelindustrie zu brechen, ihren Lohn auf 92 Pf. an der Spitze zu erhöhen.

Kollegen, die ihr in der Chemischen Ziegelindustrie beschäftigt seid: Der diesjährige Kampf, er war nur von kurzer Dauer, er war ein Vorbild von den großen Kämpfen, die auch noch in der Ziegelindustrie im Chemischen Bezirk bevorstehen. Wir werden im nächsten Jahre wiederum wie in diesem Jahre zu kämpfen haben, um Lohnabbaue zu verhindern, um höhere Löhne zu erreichen.

Die Unternehmer, sie haben bei dem diesmaligen Kampf um Ausbruch gebracht, daß sie die Ziegler in Chemnitz auf die Seite zu zwingen beabsichtigen. Merkt auch diese Ausdrucksweise der Chemischen Ziegelindustrie, handelt danach, organisiert euch rechtlich, damit ihr es noch nicht getan habt, damit wir das nächste Mal besser noch wie in diesem Jahre unseren Kampf um höheren, guten Ende führen können.

Brennerlöhne in der rheinischen Ziegelindustrie.

Im Rahmenvertrag für die rheinische Ziegelindustrie, der die Lohnentwicklung der Brenner betriebliehen Vereinbarung überträgt, hatte sich in der Praxis herausgestellt, wie das vorangehende war, daß eine Einigung auf den einzelnen Ziegler mit den Zieglerbesitzern nicht zu erzielen war. Hinzu kam, daß der Arbeitgeberverband der rheinischen Ziegelindustrie sich auf den Standpunkt stellte, teilweise nur 10 Stunden im Zweischichtsystem zu bezahlen. Die Zahlstelle Köln und Wiesdorf des Fabrikarbeiterverbandes stellten deshalb gemeinsam an den Arbeitgeberverband den Antrag, eine Regelung von Organisations- u. Lohnfragen zu treffen. Inzwischen hatte sich herausgestellt, daß auch in Düsseldorf und anderen Gebieten des großen Tarifbezirks dieselben Schwierigkeiten sich herausstellten hatten. Die Zieglerbesitzer auf der ganzen Linie wollten von einer besonderen Vornormierung der Brenner nichts wissen; selbst aber sehr hohe Ansprüche an die Brenner und wollen nicht bezahlen.

Die am 27. Mai in Köln aufgenommenen Verhandlungen haben zu folgenden Ergebnissen:

1. Der Brenner des Brenners von zwei Brennern besetzt; so werden 84 Arbeitsstunden pro Woche des Spitzenlohnes, zusätzlich 2 Pf. bezahlt, insgesamt 19 Pf.
2. Zulage für den 1. Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfesttag werden in Höhe von 100 Proz. bezahlt.
3. So am heutigen Tage für die Brenner günstigere Bedingungen bestehen, bleiben diese in Kraft.

Arbeiterverband der Rh. Ziegelindustrie.
 Der Vorstand:
 H. J. H. J.

Der Vorstand der Fabrikarbeiter Rheinlands, der Rheinischer Bund:
 H. J. H. J.

Es sei hier auch zum Ausdruck, daß die besonderen Bestimmungen über Brenner und Jungarbeiter aus dem oben genannten Vertrag nach wie vor bestehen bleiben.

Das nächste Jahr werden über die Abgrenzung des Tarifbezirks verhandelt, die aber zu keiner Zeit abgeschlossen sein werden. Der Arbeitgeberverband will sich im vorigen Jahre festgesetzten Grenzen beschränken lassen, obwohl in diesem Jahre hat er sich dem Vertrag der Arbeitnehmer aufgegeben hat und durch eine Schlichtung im Rheinischen Kreis ein neues Kartell als ganz anderer Grundlage zustande gekommen ist. Man möchte sich auf eine Vereinbarung, die aus den beiden Tarifverträgen entspringt, unter dem Vorsitz des Staatskommissars Abgrenzung der Abgrenzung vornehmen soll.

Aber eine Frage an die Brenner ist berechtigt: Wo bleiben die Brenner ohne Organisation? Die dort anwesenden Brenner haben es erkannt, daß sie ohne Verband arbeitslos loslassen und nicht mehr verdienen können. Deshalb ist der Ruf nach Einigkeit und Zusammenhalt zum Rheinischen Bund eine Lebensfrage.

Lohnerhöhung für Sandwälder.

Es ist es gelungen, auch bei der Firma Großpeter in Heersdorf, Sandwälder, eine Vereinbarung über die Gehälter und Arbeitsbedingungen abzuschließen. Die Sandwälder erhalten nunmehr 7 Pf. pro Stunde. Die Arbeiter erhalten pro gelebtem Tag ein Geld von 45 Pf. Durch Verhandlungen mit der Firma wurde ab 17. Mai folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die Löhne der ungelerten Arbeiter betragen ab 16. Mai 1927 75 Pf. pro Stunde.
2. Die Handwerker erhalten einen Stundenlohn von 87 bis 90 Pf. pro Stunde.
3. Die Maschinenisten und Heizer 85 Pf. pro Stunde.
4. Für die in der Tongrube beschäftigten Akkorbarbeiter beträgt der Akkorblad pro gelebtem Tag ein Geld von 50 Pf.
5. Die Fabrikwälder erhalten für die Sonntagswache einen Schichtlohn von 7,50 Mk.

Diese Vereinbarung tritt am 17. Mai 1927 in Kraft und hat Gültigkeit bis 1. Oktober 1927. Von da ab kann sie mit vierzehntägiger Frist zum Schlusse einer Lohnwoche aufgehoben werden.

Die Arbeiterkassen dieses Betriebes hat sich bis auf wenige Arbeiter restlos dem Rheinischen Bund angeschlossen und hat auf den ersten Sieg erreicht, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen erheblich verbessert worden sind. Beharrlichkeit und Ausdauer ist nun Grundbedingung, um bei gegebener Zeit weitere Verbesserungen durchzusetzen. B. Hertwig.

Achtet darauf!

Der Brennermeister Georg Braig, geb. am 15. September 1866 in Ullrich a. D., eingetretten am 7. Mai 1927 in Reuphagen, Mitgliedskarte Nr. 482 209, seit etwa 6 Wochen beschäftigt im Zementwerk Argem, ist unter Hinterlassung größerer Schulden, teils an Kollegen, teils an Wirte und Vermieter, abgereicht. Wir ersuchen unsere Kollegen allerorts, wo er sich auch zeigen soll, daß sie ihn demontprechend behandeln und ihm unter keinen Umständen Unterstützung zuteil werden lassen. Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Kempen.

Aus dem Verbandsleben.

Jubilärfest der Zahlstelle Frankfurt a. M.

Am 8. Mai veranstaltete die Zahlstelle Frankfurt a. M. eine Feier zur Ehrung ihrer Jubilare. Zahlreiche waren auch die übrigen Kolleginnen und Kollegen erschienen und bejubelten damit, daß sie trenn zur Organisation stehen und den „Alten“ nachzusteuern gewillt sind. So blieb es auch nicht aus, daß die Veranstaltung von Anfang bis zu Ende einen außerordentlich harmonischen Charakter trug. Die Darbietungen in Form von Kunstvorreden, Prolog und humoristischen Vorträgen wurden umrahmt von einigen der Feier des Tages entprechenden Liedern des Arbeitergenossenschafts „Niederwald“. Im Mittelpunkt der Feier stand jedoch die Rede des Kollegen August Brey-Hannover, welcher zugleich die Glückwünsche des Hauptvorstandes überbrachte.

Sehr einträglich schloß Kollege Brey das Fest der Zahlstelle Frankfurt a. M. Gerade die heutigen Jubilare waren diejenigen, welche durch ihren Kampf die Arbeiterkassen aus den Hand der Unterdrückung befreit haben. Dieser Kampf war ein dorniger und mit vielen Opfern verbunden. Wohl war das Unternehmertum von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt und auch in seinem eigenen Interesse genügend Gebrauch davon, aber den Arbeitern und Arbeiterinnen verzeihen sie es nicht, daß sie nicht mit dieser Unternehmern Mittelkämpfe hier und dort im Unternehmertum, sondern auf seine übergroße Wirtschaftsmacht. Sieger in diesem Kampfe ist es aber trotzdem nicht geworden. Des Trostes der Arbeiterkassen hat sich bewahrt: „Ihr kennt uns, doch ihr laßt uns nicht. Unser Recht ist doch euer Recht.“ Wir haben die Welt noch nicht, aber wir sind überzeugt, daß sie uns wird. Nach 1910 auf der Tagung der Zementindustrie, Deutschlands, unter denen sich auch die Großen der deutschen Industrie befanden, fiel das Wort: Nicht einzeln mit der Arbeiterkassen oder verhandeln über Lohn- und Arbeitsbedingungen, weil dadurch der Arbeiterkassen ein Mitspracherecht eingeräumt wird. Diese Verhandlungen sind unwirksam. Das war der Hauptgrundpunkt des gesamten Unternehmertums. Für die Arbeiterkassen ist es aber auch ein Recht am Arbeitsvertrag, an welchem sie mitbestimmen will. So wurde überall gekämpft und in Frankfurt a. M. war ein ganz besonderer Boden, weil hier ein kapitalistisches Unternehmertum vorzufinden war. Aber Klein, Freie und Beharrlichkeit haben über das Unternehmertum geherrschet und heute wissen sie sich hinreichend leisten. Es ist vorwärtsgegangen. Der Arbeiter ist keine Nummer, sondern ein felsenbegebender Mensch und muß als solcher gewürdigt werden. Ein Blick auf die programmatischen Bestimmungen von vor 25 Jahren und heute auf das Kampfsprogramm in unserem Verband zeigt uns eine ganz andere Zielsetzung. In den Kollektivverträgen sind die Regelungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen niedergelegt und das ist der Erfolg der Organisation. Dieser Erfolg konnte viel größer sein, wenn die Willkür, die 1913 zu uns führten, heute nicht ab-